Bundesrätin droht mit Machtwort

Kari Kälin

Viele Schülerinnen und Schüler tun sich schwer damit. Auch die Politik hadert mit dem Französisch. Der Kantonsrat von Appenzell Ausserrhoden hat im März entschieden, das Fach künftig erst ab der Oberstufe zu unterrichten. In zahlreichen Kantonen, darunter Aargau, Luzern und St. Gallen, laufen ähnliche politische Bestrebungen. Damit steht die 2004 von der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK) verabschiedete Sprachenstrategie – zwei Fremdsprachen an der Primarschule – auf der Kippe. Wenig Grund zur Euphorie liefern aktuelle Testergebnisse, die im Auftrag der EDK erhoben wurden. Am Ende der Volksschule versteht nur etwa die Hälfte der Jugendlichen einfache Texte auf Französisch.

Jetzt schaltet sich Innenministerin Elisabeth Baume-Schneider in die Sprachendebat-

te ein. Die SP-Bundesrätin aus dem Kanton Jura warnt die Kantone davor, den Unterricht einer zweiten Fremdsprache auf die Oberstufe zu verschieben. «Ich denke, dass der Bundesrat in diesem Fall eingreifen müsste», sagte sie am Montag in der Fragestunde des Nationalrats.

Berset krebste wieder zurück

Es gehe nicht nur um eine pädagogische Frage. «Die Mehrsprachigkeit ist ein Wesensmerkmal der Schweiz. Ihre Pflege ist eine zwingende Voraussetzung für den nationalen Zusammenhalt», so Baume-Schneider. Die Bundesrätin wird sich aufgrund der neuesten Entwicklungen bald mit einer Delegation der EDK treffen.

Aufgeworfen hatte das Thema Martin Candinas. Die Bestrebungen, eine zweite Landessprache aus dem Stundenplan der Primarschule zu streichen, bereiten ihm Sorgen. Er plädiert dafür, dass auch die Kleinsten weiterhin zwei Fremdsprachen lernen – und eine zweite Landessprache zuerst. «Es genügt nicht, den nationalen Zusam-

menhalt in 1.-August-Reden zu beschwören. Wir müssen Taten folgen lassen», sagt Candinas.

Die Fremdsprachendebatte entflammt nicht zum ersten Mal. Im Sommer 2016 drohte zum Beispiel der damalige Innenminister Alain Berset (SP) mit einem Machtwort, falls Kantone ausscheren und Französisch streichen würden. Er wollte per Bundesgesetz sicherstellen, dass an den helvetischen Primarschulen eine zweite Landessprache unterrichtet wird. Nach der Vernehmlassung und nachdem der Kanton Thurgau sich bereit erklärt hatte, die Verschiebung des Französischunterrichts noch einmal zu überdenken, verzichtete der Bundesrat auf eine Intervention.

Derweil stellt die EDK die Sprachenstrategie auf Antrag des Nidwaldner Bildungsdirektors Res Schmid auf den Prüfstand. Der SVP-Politiker plädiert dafür, dass die Deutschschweizer Kantone an der Primarschule nur noch eine Fremdsprache – Französisch ab der 5. Klasse – lernen und dass mit Englisch auf der Oberstufe gestartet wird.